

# Der Regierung den Standpunkt vermittelt

«Aktuelle Stunde» heisst das neue Traktandum im Landtag, welches jeweils zu Beginn der Sitzungen behandelt wird. Die Bilanz der gestrigen Premiere: belebend, engagiert und sachorientiert.

Von Bettina Stahl-Frick

Vaduz. – Abwechslungsweise bringt von Sitzung zu Sitzung eine der vier Fraktionen ein aktuelles Thema zur Beratung ein. Wer das Thema bestimmt, dieser Partei gehört jeweils das Eröffnungs- wie auch das Schlussreferat. Dafür stehen dem Redner zwei Zeitgefässe von je fünf Minuten zur Verfügung. Dazwischen bekommen alle Fraktionen und die Regierung jeweils ein Zeitgefäss von zehn Minuten für ihre Redebeiträge. Damit die Redezeiten auch tatsächlich eingehalten werden, wird für die aktuelle Stunde im Plenum ein zusätzlicher Bildschirm aufgestellt, auf dem die Minuten als Countdown angezeigt werden. Das Ziel der aktuellen Stunde: Der Landtag erteilt der Regierung keine Aufträge, sondern vermittelt ihr lediglich seine Standpunkte zu verschiedenen Themen.

In diesem Sinne hat das neue parlamentarische Instrument gestern reibungslos funktioniert. «Mit dieser Neuerung hat der Landtag ein kleines Stück Geschichte geschrieben», sagte Landtagspräsident Albert Frick in seiner Begrüssung. Das Thema für die erste aktuelle Stunde durfte von der FDP bestimmt werden und lautete: Langfristige Sicherung der AHV.

## Rentner nicht belasten

Den Rahmen des Eröffnungsreferates nutzte der FDP-Abgeordnete Elfried Hasler, um fünf Thesen rund um die Sicherung der AHV aufzustellen. Sein erster Leitsatz: «Die AHV-Revision muss so ausgestaltet werden, dass bestehende Rentner nicht belastet werden.» Nachträgliche Eingriffe würden die wohlverworbenen Rechte

der Rentner stark verletzen. Als zweiten Punkt bemängelte Elfried Hasler den allgemeinen Staatsbeitrag an die AHV: «Dieser ist systemfremd, ungerecht und auf die Dauer nicht finanzierbar.» Drittens müsse die Rente das Existenzminimum decken. Im vorletzten Punkt stellt der FDP-Abgeordnete das Rentenalter infrage: Im internationalen Vergleich stehe Liechtenstein mit 64 Jahren alleine da. Mit einer Erhöhung des Rentenalters würde auch die zweite Säule entlastet werden – «ein willkommener Nebeneffekt.» Sein fünfter Leitsatz: «Ohne angemessene Beitragserhöhungen lässt sich die AHV langfristig nicht finanzieren.» Liechtensteins Beitragssätze seien deutlich tiefer als jene in der Schweiz – «und dies bei deutlich besseren Leistungen». Elfried Hasler ist überzeugt: «Diese Rechnung kann auf Dauer nicht aufgehen.»

## Beitragsdauer verlängern

«Es ist klar, wohin die Reise geht», knüpfte VU-Fraktions Sprecher Christoph Wenaweser an die Worte von Elfried Hasler an. Die AHV prognostiziere bis ins Jahr 2021 einen Rückgang der Reserven auf das 6,5-fache der Rentenverpflichtung. Schnelles Handeln ist angezeigt: «Denn auch nachfolgende Generationen haben ein Recht auf eine gesunde, funktionierende AHV, und dafür tragen wir Politiker Verantwortung.» An einer Verlängerung der Beitragsdauer führe zur langfristigen Sicherung der AHV wohl kein Weg vorbei. Dabei stelle sich unter anderem die Frage, die längere Beitragszeit an die Lebensjahre oder an die Versicherungsjahre zu knüpfen. «Sicher ist nur, dass Liechtenstein auch in Zukunft ein sicherer Arbeitsplatz sein muss.» Denn in erster Linie sichern Arbeitsplätze jene Beiträge, die der jetzigen und künftigen Finanzierung der AHV dienen. «Lassen wir uns auf Diskussionen ein und suchen miteinander einen liechtensteinischen Weg!», rief Christoph Wenaweser zu einer sachorientierten



Neues parlamentarische Instrument: In der «Aktuellen Stunde» diskutieren die Abgeordneten aktuelle Themen, um der Regierung ein Stimmungsbild des Landtags zu zeichnen. Bild Daniel Ospelt

Auseinandersetzung mit dem Thema auf.

## Streichung Staatsbeitrag

Auch bei den restlichen Abgeordneten war der dringende Handlungsbedarf unbestritten. «Grund dafür ist aber nicht ausschliesslich die demografische Entwicklung», sagte DU-Abgeordneter Erich Hasler. Viel bedeutender sei die Streichung des Staatsbeitrages ab 2018, womit rund 50 Millionen für die AHV wegfallen. Sein Parteikollege Herbert Elkuch erwähnte ausserdem die Rentenbezüger aus dem Ausland. Schliesslich beschäftige Liechtenstein viele Grenzgänger und Ausländer. «Diese Rentengelder fliessen ins Ausland und werden dort ausgegeben.» Der dortige Staat kassiere von diesem Geld die Mehrwertsteuer. Auch Landtagsvizepräsidentin Violan

da Lanter-Koller hielt fest, dass zwei Drittel der heutigen AHV-Verschuldung den Leistungsempfängern im Ausland zuzurechnen sei. «Es wird festgestellt, dass das Verhältnis zwischen Nettozahlungen im Erwerbsalter und den empfangenden Nettoleistungen für Zupendler und ausländische Rentner günstiger ausfällt als für die Wohnbevölkerung in Liechtenstein.» Dieser Punkt solle für die neue Reform überprüft werden.

## Ball bei der Regierung

Mehrmals wurde von den Abgeordneten erwähnt, dass einzelne Massnahmen nicht greifen, sondern es eine Kombinationslösung brauche. Bedürfnisgerechtigkeiten müssten dabei eingehalten werden, sagte der FL-Abgeordnete Thomas Lageder. So nehme er von einem Giesskannenprinzip Ab-

stand und befürworte, dass das Vermögen sowie die Verdienste in der Vergangenheit an die Leistungszahlung angepasst werden. «Es muss möglich sein, zwischen der ersten, zweiten und dritten Säule einen Ausgleich zu schaffen», so Lageder. «Personen, die in der ersten Säule gut situiert sind und über ein hohes Vermögen verfügen, denen muss die AHV reduziert oder im Extremfall gestrichen werden.» Laut Elfried Hasler hätte dies jedoch nur marginale Auswirkungen.

Der DU-Abgeordnete Harry Hasler resümierte in seinem Votum: «In dieser aktuellen Stunde hat die Regierung interessante Anregungen erhalten – ich hoffe, dass sie den Ball aufnehmen wird.» Man habe gelernt, dass die Zukunft bereits geschehen sei – «nun heisst es, Vergangenes aufzuarbeiten.»